

#### **4. Dortmunder Roma Kulturfestival „Djelem Djelem“**

**Symposium „Roma in Europa – der Kampf für ein würdiges Leben“ am 9. Oktober 2017**

**Grußwort von Romani Rose**

*Sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*ich freue mich sehr und es ist mir eine Ehre, zusammen mit Ihnen, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, die Schirmherrschaft für das Roma Kulturfestival „Djelem Djelem“ übernommen zu haben. Zum vierten Mal bringt das Festival Alteingesessene und Neuzugewanderte zusammen und ist mittlerweile zu einer festen kulturellen Größe in Dortmund und darüber hinaus geworden.*

*Das Festival hat in den vergangenen Tagen durch zahlreiche musikalische, filmische, Theater- und Tanzdarbietungen die Vielfältigkeit und den Reichtum der Roma-Kultur erlebbar gemacht. Dieses Festival soll jedoch nicht nur Menschen verschiedenster Herkunft zusammenbringen und ein Ort der Begegnung sein, sondern hat auch eine klare politische Botschaft:*

*Es will ein deutliches Zeichen gegen jahrhundertealte Vorurteile, gegen Antiziganismus und neu belebte Feindbilder setzen. Für diese wichtige Initiative gelten der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und ganz besonders der Stadt Dortmund unsere Anerkennung und unser Dank.*

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

*über zehn Jahre nach Verabschiedung einer „Dekade zur Inklusion der Roma“ durch mehrere Staaten und sechs Jahre nach der Verabschiedung der „Rahmenstrategie der Europäischen Union für die Verbesserung der Lage von Roma in Europa“ sind Angehörige unserer Minderheit in Europa immer noch Diskriminierung, gesellschaftlicher Ausgrenzung und rassistischer Gewalt ausgesetzt.*

*Heute haben wir in vielen Ländern Ost- und Südosteuropas eine Situation, die an apartheidähnliche Zustände mitten in Europa erinnert. Obgleich seit Jahrhunderten Bürger ihrer jeweiligen Heimatländer leben heute große Teile der Roma-Bevölkerung fernab jeder Infrastruktur segregiert in Ghettos, ohne Zugang zu Bildung, Arbeit, zu menschenwürdigem Wohnraum und Gesundheitsversorgung.*

*Angehörige der Roma-Minderheit waren die größten Verlierer beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die mit dem Systemwechsel einhergehenden wirtschaftlichen Umwälzungen, wie die Schließung unrentabler Staatsbetriebe und die Auflösung des staatlichen Agrarsektors, trafen*

*die Roma noch härter als die übrige Bevölkerung. Beim Übergang zur freien Marktwirtschaft waren sie unter den ersten, die ihre Arbeitsplätze verloren.*

*Ihre Ausgrenzung insbesondere in den ehemaligen Ostblockstaaten steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einem strukturellen Antiziganismus, der insbesondere in den staatlichen Institutionen tief verwurzelt ist und der weiten Teilen unserer Minderheit Lebens- und Entwicklungschancen raubt.*

*Gewalt und Hassverbrechen gegen Angehörige der Roma-Minderheit – bis hin zu rassistisch motivierten Morden – gehören in vielen Staaten zur Tagesordnung, ohne dass die Täter mit konsequenter Strafverfolgung rechnen müssten. Ebenso bedrohlich sind die sich ständig neu gründenden faschistischen Vereinigungen wie *Ataka* in Bulgarien oder *Jobbik* in Ungarn, die antisemitisch und antiziganistisch hetzen und immer wieder provokativ in Roma-Siedlungen aufmarschieren und damit das Gewaltmonopol des Staates faktisch außer Kraft setzen.*

*Von Teilen der Politik wird diese Stimmung gegen Minderheiten gezielt geschürt: Es sind Minderheiten, allen voran Roma, die als Sündenböcke für die mit der Wirtschafts- und Finanzkrise einhergehenden gesellschaftlichen Verwerfungen herhalten und von staatlichem Versagen ablenken sollen. Längst gehört rassistische Hetze gegen Sinti und Roma zum Wahlkampfarsenal nicht nur von nationalistischen Bewegungen und rechtsradikalen Parteien, sondern zunehmend auch von Parteien der Mitte, und zwar sowohl in Ost- wie in Westeuropa.*

*Neuere Untersuchungen belegen zudem eine gezielte Politik der Vertreibung von Roma aus Städten in Osteuropa und Italien, um dort Platz für Neubauten wie Einkaufsmeilen zu schaffen. Oftmals sind davon Familien betroffen, die schon viele Jahre, teils sogar seit Generationen in diesen Stadtvierteln gelebt hatten.*

*Bei diesen menschenrechtswidrigen Praktiken der Zwangsvertreibung handelt es sich um ein staatenübergreifendes Phänomen, durch das Armut und Perspektivlosigkeit weiter verfestigt werden. Die massiven Diskriminierungen und strukturellen Benachteiligungen führen zwangsläufig dazu, dass viele Roma versuchen, für ihre Familien in Westeuropa eine bessere Zukunft aufzubauen.*

*All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion um die sogenannte Armutsmigration dieser Minderheit von der Politik ausgeblendet: Roma fliehen vor der Perspektivlosigkeit aus ihren jeweiligen Heimatländern. Sie fliehen aber auch vor einem massiven, gewalttätigen Rassismus, der sie von gesellschaftlicher Teilhabe konsequent ausschließt und sie an Leib und Leben bedroht.*

*Der Zentralrat wendet sich aus diesem Grund gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung und der Länder und insbesondere gegen die Einstufung der Westbalkanländer als „sichere Herkunftsstaaten“. Wir lehnen diese Praxis ab, da sie die massive und kumulative Diskriminierung von Roma in diesen Ländern ausblendet und den realen Gegebenheiten vor Ort in keiner Weise gerecht wird.*

*Gleichwohl sind wir überzeugt, dass die eigentliche Zielsetzung des politischen Handelns auf die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern ausgerichtet sein muss. Dies betrifft sowohl die osteuropäischen EU-Länder als auch die Länder des westlichen Balkans. Die jeweiligen Nationalstaaten sind in der Pflicht, die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller ihrer Bürger zu garantieren und internationale menschenrechtliche Standards im Umgang mit Minderheiten einzuhalten.*

*Jegliche Anstrengungen der Europäischen Union und der jeweiligen Nationalstaaten, die desolate Lage großer Teile der Roma-Bevölkerungen zu verbessern, werden jedoch nur dann Erfolg haben, wenn in allen Bereichen des staatlichen Handelns der strukturelle Antiziganismus anerkannt und als ursächlich für den Ausschluss der Minderheit mit in den Blick genommen wird.*

*Aus diesem Grunde erwarten wir von der Europäischen Kommission und von den EU-Mitgliedsstaaten, dem Antiziganismus genauso entgegenzutreten wie dem Antisemitismus, und dass die Bekämpfung des Antiziganismus ein fester Bestandteil sämtlicher Handlungsstrategien wird.*

*Europa hat aufgrund des nationalsozialistischen Holocaust an über 500.000 Sinti und Roma in Europa eine besondere Verantwortung gegenüber dieser Minderheit und muss dafür Sorge tragen, dass die internationalen Standards des Menschenrechtsschutzes ernst genommen und konsequent umgesetzt werden, damit die Fluchtursachen in den Fokus geraten.*

*Ich danke Ihnen.*